69. Jahrgang Nr. 409

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Mittwoch, 31. August 1921

Die erfolglosen Nachforschungen.

Spuren über Spuren. — Hirschfeld bleibt in Haft.

W. T. B. teilt mit: Außer den durch die Presse bereits bekannt gegebenen Personen sind in der Mordangelegenheit Erzberger von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums noch einige andere junge Leute wegen Verdachts der Täterschaft festgenommen, inzwischen aber wieder entlassen worden, da sich der Tatverdacht als unhaltbar herausgestellt hat. Die von der Festnahme Betroffenen waren ein junger Kaufmann, der sich im angetrunkenem Zustande durch Redensarten, als wenn er an dem Mord an Erzberger beteiligt gewesen wäre, verdächtig gemacht hat, und ferner ein Oberleutnant a. D., der vorher in Oberschlesien war.

Ob sich der gegen Oltwig v. Hirschfeld bestehende Tatverdacht aufrechterhalten läßt, unterliegt eingehender Nachprüfung. Bis zur völligen Aufklärung bleibt v. Hirschfeld im Berliner Polizeipräsidium in Haft. Die Ermittlungen der Berliner Polizei erstrecken sich, abgesehen vom Falle v. Hirschfeld, noch nach den verschiedensten anderen Richtungen. So werden u. a. zwei Spuren verfolgt, die nach außerhalb führen; die eine nach dem Harz, die andere nach Thüringen.

Der schwerkranke Oltwig.

Einige Fragen.

An den preußischen Landtag ist anläßlich der Beurlaubung Hirschfelds aus dem Gefängnis, eine Reihe von Anfragen gestellt. Sie lauten:

Wer ist der Staatsanwalt, der Hirschfeld beurlaubt hat?

Wie heißt der Arzt, der den Antrag auf Beurlaubung gestellt oder befürwortet hat?

An welcher Krankheit hat Hirschfeld angeblich gelitten?

Sind von der Beurlaubung Gutachten von Gefängnis- oder Gerichtsärzten eingeholt worden, und wie lauten diese Gutachten?

Haben die Gefängnisverwaltung, die über Hirschfeld zu wachen hatte, und die zuständige Staatsanwaltschaft ihre vorgesetzten Behörden vor der Beurlaubung Hirschfelds benachrichtigt?

Hat die Behörde, die Hirschfeld beurlaubte, die Ueberwachung Hirschfelds durch die Polizeibehörde angeordnet?

Der „Vorwärts" teilt noch mit, daß Hirschfeld so krank war, daß er große Radtouren unternehmen konnte.

Erzbergers Leiche in Bieberach.

Die tiefe Ergriffenheit.

Bieberach, 31. August (Da.)

Unter ungeheurer Beteiligung der Bevölkerung wurde die von Oppenau hierher beförderte Leiche Erzbergers von den Spitzen der hiesigen Behörden von dem Bahnhof abgeholt und zunächst in der Stadtpfarrkirche aufgebahrt. Die Ergriffenheit der Bevölkerung war unbeschreiblich.

Eine Kapelle für Erzberger.

Ein Aufruf aus Süddeutschland.

Biberach, 31. August. (W. T. B.)

Die württembergische und die badische Zentrumsfraktion erlassen folgenden Aufruf zur Errichtung einer Sühnekapelle für Erzberger: „Der Väter frommer Sitte folgend, hat das Zentrum von Württemberg und Baden beschlossen, an der Stelle, wo unser Erzberger sein Blut für unsere Ideale vergoß, an der Buche, unter deren Aesten er sein Leben aushauchte, ein Marterl zu errichten. Alljährlich am 26. August soll ein Sühneopfer dort gefeiert werden. Das Gaddenkmal in Bieberach soll unsere Stiftung sein. Wir bitten unsere Freunde und Freundinnen, einen Baustein zu stiften. Die Geldspenden sind an Direktor Montignore Vogt in Biberach, Postscheckkonto Stuttgart 3741, einzuzahlen.

Liesching Reichsfinanzminister?

Noch keine Entscheidung.

Wie wir hören, hat der Reichskanzler den Posten des Reichsfinanzministers dem württembergischen Finanzminister Liesching angeboten. Liesching lehnte vorläufig ab, doch dauern die Verhandlungen noch fort. Das Reichsfinanzministerium wurde bis jetzt vom Reichskanzler Wirth noch nebenher verwaltet.

Die Ansicht in London.

London, 31. August. (W. T. B.)

Die Morgenblätter beschäftigen sich in ausführlichen Telegrammen aus Berlin mit der kritischen Lage in Deutschland. Wirths Erklärungen, daß die Republik in Gefahr sei, finden große Beachtung. — Die „Times" schreiben in einem Leitartikel, der Wiederausbruch einer heftigen monarchistischen Attentatsagitation in Deutschland müsse auf die oberschlesische Frage ungünstig wirken. Der Berliner Berichterstatter des Blattes sagt, es seien zahlreiche willkommene Anzeichen vorhanden, daß, wenn die Regierung Wirth die notwendige Festigkeit zeige, es ihr nicht an Unterstützung mangeln werde.

Bankangestellte und Demonstration.

Ein skandalöser Vorfall.

Ueber einen empörenden Zwischenfall wird uns berichtet: Der Betriebsrat der Kommerz- und Privatbank, Charlottenstraße 47, hatte bei der Direktion ersucht, den Angestellten die Teilnahme an der Demonstration am heutigen Mittwoch zu ermöglichen. Das Ersuchen wurde abgelehnt. Darauf richtete der Betriebsrat an die Kollegen, die „wahre Demokraten und Republikaner" seien, einen Aufruf, an der Kundgebung für Wahrheit und Recht, gegen Reaktion und politischen Mord" teilzunehmen. Die Direktion stellte die Forderung, die Plakate mit dem Aufruf aus den Anschlagskästen zu entfernen. Das Verlangen mußte von dem Betriebsrat zurückgewiesen werden.

Darauf ließ die Bankleitung die in Glaskästen angebrachten Aufrufe gewaltsam entfernen und drohte im Falle der Wiederanbringung von ihrem „Hausrecht" Gebrauch zu machen.

Der Vorfall spricht für sich!

Der Metallarbeiterstreik in Halle.

Halle a. d. Saale, 30. August.

Die Metallarbeiter beschlossen in einer heute nachmittag abgehaltenen Versammlung mit 2037 gegen 235 Stimmen die Ablehnung des Schiedsspruchs des Schlichtungsausschusses, so daß der Streik der etwa 8000 Metallarbeiter in Halle weitergeht.

Volkswehr gegen „Völtische".

Auch in Oesterreich ...

Wien, 31. August.

Am Sonntag fand in Melk ein deutschvölkischer Jugendtag statt, an dem auch Mitglieder des Darmstädter Jugendbundes teilnahmen. Abends kam es zwischen den Teilnehmern am Jugendtag und Volkswehrleuten zu Streitigkeiten, in deren weiterem Verlauf sechzig aus der Kaserne herbeigeholte Volkswehrleute mit geladenem Gewehr und aufgepflanztem Seitengewehr die in der Bahnhofswirtschaft versammelten Festteilnehmer, darunter zahlreiche Gäste aus Deutschland, bedrohten. Erst gegen 5 Uhr morgens gelang es dem großdeutschen Nationalrat Ursin, sowie dem Bürgermeister von Melk und dem Kommandanten der Volkswehr, nach mehrstündigen Verhandlungen die Volkswehrleute zum Abzug zu bewegen, während inzwischen herbeigeeilte Gendarmerie die Festgäste vor unmittelbaren Tätlichkeiten schützte.

Ein Adlerschießen bei Bornstedt.

Eitel Schieberich und die „Traditionskompagnie".

Potsdam, 31. August. (Eigene Meldung.)

Die ehemaligen Offiziere des 1. Garderegiments veranstalteten am Montag nachmittag auf den Gardeschießständen bei Bornstedt ihr alljährliches Adlerschießen, das wiederum zu einer keineswegs republikanischen Kundgebung wurde. Die 1. Kompagnie des Reichswehrregiments 9, die sogenannte Traditionskompagnie, nahm mit der Kapelle Aufstellung. Prinz Eitel Friedrich schritt unter den üblichen Ehrenbezeugungen ihre Front ab. An der Feier nahmen außerdem seine Gemahlin, die Prinzen Oskar und August Wilhelm, sowie die Kinder des Kronprinzenpaares statt. Nach der Feier fand eine Kranzniederlegung am Denkmal statt.

*

Es ist höchste Zeit, daß mit der „Tradition" der 1. Kompagnie des Reichswehrregiments 9 ein Ende gemacht wird. Das Reichswehrministerium hat die Pflicht, die für diesen schmählichen und die Republik lächerlich machenden Auftritt verantwortlichen Offiziere nachsichtlos zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Genfer Oberschlesien-Bericht.

Ein später Termin.

Paris, 31. August. (W. T. B.)

Nach einer Havas-Meldung wird der Völkerbundsrat in der Lage sein, sein Gutachten in der oberschlesischen Frage in der ersten Oktoberwoche bekanntzugeben.

Baldige Ratifikation des Berliner Friedens.

Washingtoner Völkerbundbedenken.

Das Weiße Haus hat gestern beschlossen, daß der Friedensvertrag mit Deutschland am Tage des Zusammentritts des Kongresses, das heißt am 21. September, dem Senat zugehen soll. An offizieller Stelle wird die Behauptung zurückgewiesen, daß der Friedensvertrag eine Hintertür offen lasse, die es dem Präsidenten der Vereinigten Staaten ermöglicht, die Union ohne Zustimmung des Senats in den Völkerbund eintreten zu lassen. Das Staatsdepartement teilt mit, daß die Vereinigten Staaten, ohne Unterzeichner des Versailler Vertrages zu sein, **nicht** in den Bund eintreten können, und daß es absurd sei, zu denken, sie könnten ohne Zustimmung des Senats zur Mitgliedschaft zugelassen werden.

Einigung in der Japfrage.

Washington, 31. August. (E. E.)

Die Besprechungen zwischen der japanischen und amerikanischen Regierung über die Japfrage machen gute Fortschritte, und Staatssekretär Hughes hat viel Hoffnung, daß das Japproblem noch vor der Abrüstungskonferenz gelöst sein werde. Man erklärt in offiziellen Kreisen, daß die Vereinigten Staaten den Wunsch hegen, daß zwischen den wichtigsten Alliierten ein Abkommen getroffen werde, damit noch vor der Abrüstungskonferenz die Japfrage und einige andere Mandatsfragen, die noch der Lösung harren, befriedigend geordnet werden.

Demokratisches Beileid an Frau Erzberger. Gleich der demokratischen Reichstagsfraktion hat die Deutsche demokratische Partei und der Deutschdemokratische Jugendverein Groß-Berlin der Witwe des Ermordeten das Beileid ausgesprochen.

„Unser einstiger Kaiser."

Die „Festzeitung".

Auf dem Potsdamer Tannenberg-Rummel, der einen so blutigen Ausgang nahm, wurde eine Festnummer der „Potsdamer Jugend", des Organs des Deutschnationalen Jugendbundes, von Kindern verkauft. Der Inhalt ist natürlich ganz „unpolitisch", im Deutschnationalen Jugendbund wird ja den Kindern nur der nationale Geist eingepflanzt, wird die zarte Kindesseele nicht durch den politischen Tagesstreit vergiftet. Eine Würdigung der Schlacht von Tannenberg, ein Abdruck aus Treitschke über Friedrichs des Großen Tod, ein etwas konfuser Aufsatz über den „Geist von Potsdam", Geibels Gedicht „Sanssouci" und eine Schilderung der Stadt Potsdam, die nach der Einleitung die Jugend, die „aus allen Gauen Deutschlands" am Sonntag in Potsdam zusammenkommen sollte (sie ist nicht gekommen), mit den Schönheiten der Feststadt vertraut machen sollte. Wer wollte dagegen etwas sagen? — Aber, aber, was da in die Schilderung der Potsdamer Sehenswürdigkeiten eingestreut ist, das ist doch schon allerhand. Da werden unter den Sehenswürdigkeiten aufgezählt der Ruinenberg, der Pfingstberg, und dreist und gottesfürchtig heißt es weiter: „Der Neue Garten mit dem Cecilienhof, dem Wohnsitz unserer Kronprinzessin und ihres Sohnes, des Prinzen Wilhelm, unseres einstigen Kaisers, der inmitten der Potsdamer Jugend uns als lieber Kamerad heranwächst."

Schau mal einer an, wie einfach die Potsdamer Herrschaften die Thronfolgerfrage in der Republik gelöst haben! Die Republik ist ja so geduldig, und staatliche Schulleiter in der Republik fördern ja so eifrig den „unpolitischen" Deutschnationalen Jugendbund mit seinen monarchistischen, also hochverräterischen Zielen. Daß das Ziel der Wiederaufrichtung der Monarchie nicht ohne schweren Bürgerkrieg zu erreichen wäre, leugnen die Herrschaften gar nicht. In demselben Aufsatz wird einer Schilderung der Garnisonskirche der Satz angehängt: „Doch es wird eine Zeit kommen, in der die alten granatzerfetzten Tücher wieder um die mitternächtige Stunde rauschen und von erbitterten Kämpfen, vom kühn aufsteigenden Fluge des Aars von Hohenzollern kunden." So etwas wird urteilslosen Kindern gepredigt von einer monarchistischen Organisation, die immer noch von Schulmännern und anderen von der Republik bezahlten Beamten eifrig gefördert wird. Der Potsdamer Polizeipräsident v. Zitzewitz hat am Sonntag den Vertretern der republikanischen Massen gesagt, er habe nicht die Macht, die öffentliche Tannenbergfeier in der Luftschiffhalle zu verbieten. Die Republik, die sich gegen monarchistischen Umsturz schützen will, muß ihre Polizeiorgane endlich mit der Macht ausstatten, wenigstens den Mißbrauch der urteilslosen Jugend zu monarchistischen Umsturzplänen zu verhindern.

E. K.

Ein Beispiel.

Der „Fall Franzke".

Es ist gut, ab und zu einmal die Verlogenheit der Rechtsparteien an einem Beispiel anzunageln. Seit Wochen tobt in der Rechtspresse ein Sturm gegen den Justizminister Schiffer, dem man vorwirft, die Begnadigung des kommunistischen Stadtrats Franzke in Sangerhausen betrieben zu haben, obwohl dieser die „rechte Hand" von Hölz gewesen sei. Der volksparteiliche Ueberreaktionär und schwerindustrielle Stipendiat Dr. Cremer stürzte das Reich sogar in die Unkosten einer kleinen Reichstagsanfrage. Jetzt bringt der „Demokratische Zeitungsdienst" folgende Feststellungen:

„In der deutschen Presse tauchen immer noch Vorwürfe gegen den Reichsjustizminister wegen der Begnadigung des unabhängigen Stadtrats Franzke auf. Es ist bedauerlich, daß auch von ernsten Blättern die deutschnationalen Vorwürfe kritiklos übernommen werden. **Ohne den Schatten eines Beweises** war in der Rechtspresse behauptet worden, Franzke sei der Gehilfe von Hölz gewesen, er habe Listen für die Geiselfestnahme aufgestellt und Plünderungen organisiert. An allen diesen Behauptungen ist nicht ein wahres Wort, sie fußen auf leerem Gerede, das die Rechtspresse verantwortungslos als Tatsachen weitergibt. Die Verurteilung zu sechs Jahren Zuchthaus ist erfolgt weil an Franzke ein Telegramm gerichtet wurde, in dem er verschiedene Aufträge erhielt. Er hat auch der Herbeirufung der Schupo widerraten, weil er glaubte, mit seinen Ordnern die Ordnung aufrecht zu erhalten. Diese sind allerdings zum Teil zu Hölz übergelaufen, und auch Franzke hat mindestens eine zweideutige Rolle gespielt. Aber im Gerichtsurteil ist keiner der gegen ihn jetzt erhobenen Vorwürfe erwiesen worden. Da er ein sehr korpulenter Mann mit einem völlig amputierten Bein ist, mußte er auf dringenden Rat des Gefängnisarztes beurlaubt werden, damit sein künstliches Bein repariert werden könne. Vorher hatte der Reichspräsident des Urteil auf zwei Jahre Gefängnis herabgemildert. Franzke ist nach dem Urlaub pünktlich zurückgekehrt. Alle Vorwürfe gegen den Justizminister sind darum hinfällig."

Diese Feststellungen zeigen, daß gerade die Begnadigung des Stadtrats Franzke eine unbedingte Notwendigkeit war. Es handelte sich bei ihm offenkundig um ein Fehlurteil, das zu mildern der Justizminister und der Reichspräsident nach dem Beschluß des Reichstags verpflichtet waren. Man darf gespannt darauf sein, ob die Rechtspresse soviel Anstandsgefühl aufbringen wird, ihre falschen Behauptungen richtig zu stellen. Den Demokraten aber, die auf den Schwindel hineingefallen sind, kann man nur raten, in Zukunft den Behauptungen deutschnationaler Blätter und Redner mit etwas mehr gesundem Mißtrauen gegenüberzutreten.